

**Offener Brief des Vereins für Proteinvielfalt in Österreich
und weiterer Organisationen an**

Herrn Bundesminister
Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Klimaschutz, Wasserwirtschaft und Regionen



Schottengasse 10, 2. Stock, 1010 Wien
ZVR/Vereinsnummer: 1114976635
www.proteinvielfalt.at | dialog@proteinvielfalt.at

Wien, am 20. November 2025

Betrifft: Österreichische Position im EU-Ministerrat zum sog. „Veggie-Burger-Verbot“

Sehr geehrter Herr Bundesminister Totschnig,

im Namen des Vereins für Proteinvielfalt in Österreich (VPO), zu dessen Mitgliedern namhafte heimische Unternehmen wie **BILLA, Lidl Österreich, HOFER, SPAR, Berger Schinken, VeggieMeat, Mona, Kern Tec und Revo Foods** zählen, wenden wir uns gemeinsam mit weiteren Organisationen – darunter der **Handelsverband, der Verband der Ernährungswissenschaften Österreichs** und der **Fachverband des Lebensmittelhandels der WKÖ** – mit großer Sorge an Sie. Das EU-Parlament hat Anfang Oktober für ein Verbot von Bezeichnungen wie „Veggie-Burger“, „pflanzliches Schnitzel“ oder „Tofu-Wurst“ gestimmt. Bereits am **24. November 2025** findet in Brüssel eine Sitzung des Sonderausschusses Landwirtschaft statt, in der die Position der EU-Mitgliedstaaten zum Verbotsvorschlag festgelegt werden soll.

Mit Blick auf die bevorstehende Entscheidung auf EU-Ebene fordern wir Sie eindringlich auf, für Österreich im EU-Ministerrat gegen das sogenannte „Veggie-Burger-Verbot“ zu stimmen und sich damit klar gegen eine Maßnahme zu stellen, die Verbraucher:innen die Orientierung erschwert, unnötige Bürokratie schafft und Chancen für die heimische Landwirtschaft sowie Innovation blockiert. Auch Ihr deutscher Amtskollege, Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU), hat sich öffentlich gegen das Verbot ausgesprochen und betont, dass Verbraucher:innen sehr gut zwischen pflanzlichen und tierischen Produkten unterscheiden können. Ein Verbot wäre daher unnötig und bürokratisch.

Der Vorschlag des Europäischen Parlaments stößt auch abseits der Politik auf breite Ablehnung, wie das offene Schreiben auf NoConfusion.org zeigt, das bereits von über 600 Organisationen und Unternehmen in der gesamten EU unterstützt wird, darunter führende Lebensmittelhersteller, Konsumentenschutzorganisationen und Umweltorganisationen.

Die Argumente gegen das Veggie-Burger-Verbot sind zahlreich und eindeutig:

- **Verbraucher:innen wissen, was sie kaufen.** Begriffe wie „veganer Burger“ oder „100% pflanzliches Filet Huhn-Art“ sind längst etabliert und bieten Verbraucher:innen eine klare Orientierung, was sie von einer pflanzlichen Alternative hinsichtlich Geschmack, Textur und Zubereitung erwarten können. Ein Verbot dieser Begriffe würde die Informationen an Verbraucher:innen verschlechtern.
- **Pflanzliche Alternativen sind bereits heute klar gekennzeichnet.** Die geltenden EU-Vorgaben verlangen eine eindeutige Kennzeichnung als „pflanzlich“ oder „vegan“. Eine Verwechslung ist somit praktisch ausgeschlossen.
- **Ein Verbot widerspricht den Präferenzen der Mehrheit der EU-Bürger:innen,** die laut Erhebungen die Verwendung vertrauter Begriffe für pflanzliche Produkte ausdrücklich befürworten – vorausgesetzt, diese sind klar und transparent als vegetarisch oder pflanzlich gekennzeichnet, was dem derzeitigen Gesetzesstand und Marktstandard entspricht.
- Gesetzliche Beschränkungen untergraben zentrale EU-Ziele in den Bereichen **Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheit und Ernährungssicherheit**, zu denen pflanzliche Alternativen einen konkreten Beitrag leisten können.

Pflanzliche Alternativen bieten Chancen für die regionale, heimische Landwirtschaft:

- **Kein realer Wettbewerbseffekt:** Der Marktanteil pflanzlicher Fleischalternativen liegt in Österreich bei ca. 1 % und stellt somit keine Bedrohung für die tierische Produktion dar.
- **Konsument:innen**, die bewusst nach pflanzlichen Alternativen suchen, greifen nicht plötzlich zu einem Schweinschnitzel, nur weil das pflanzliche Schnitzel nicht mehr so heißen darf.
- **Pflanzliche Alternativen eröffnen neue Chancen für die Landwirtschaft:** Namensverbote für pflanzliche Produkte steigern weder Absatz noch Preis tierischer Produkte und bieten Landwirt:innen keinen Mehrwert. Gleichzeitig hat Österreich beim Anbau von hochwertigem Pflanzenprotein, insbesondere Leguminosen, noch großes Potenzial. Für die Verarbeitung zu Lebensmitteln erzielen Landwirt:innen deutlich höhere Erzeugerpreise als beim Verkauf derselben Kulturen als Futtermittel. Das schafft neue Einkommensquellen und reduziert die Abhängigkeit von Importen.
- **Tierische und pflanzliche Produktion schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander.** Beide sind Teil einer vielfältigen Ernährungskultur in Österreich, für die wir uns gemeinsam einsetzen sollten.

Weitere negative Folgen eines Verbots:

- **Hohe Kosten und zusätzliche Bürokratie:** Ein Verbot würde umfangreiche Änderungen bei Kennzeichnungen und Verpackungen erzwingen und damit erheblichen Aufwand und Kosten für Hersteller verursachen, ohne Nutzen für den Verbraucherschutz. Auch Ihr deutscher Amtskollege Alois Rainer betont: „*Ich stehe für Bürokratieabbau, deshalb unterstütze ich diesen Vorschlag nicht.*“
- **Gefährdung des Innovationsstandorts:** Heimische Unternehmen, vom Start-up bis zum etablierten Betrieb, investieren seit Langem in pflanzliche Alternativen. Mittlerweile haben sich innovative und wettbewerbsfähige Wertschöpfungsketten für pflanzliche Lebensmittel gebildet. Neue Namensverbote würde diese Entwicklung ausbremsen, die Markenbildung erschweren, Arbeitsplätze gefährden und Österreichs Chancen als Innovationsstandort in einem globalen Zukunftsmarkt schwächen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir appellieren an Sie, als Vertreter Österreichs im EU-Ministerrat gegen das Veggie-Burger-Verbot zu stimmen und für eine vielfältige, nachhaltige Ernährungskultur, in der sowohl tierische als auch pflanzliche Produkte ihren Platz haben.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Dagmar Lukanec
Mag. Verena Wiederkehr, B.A., M.E.S.
Vorstand des Vereins für Proteinvielfalt in Österreich

Über den Verein für Proteinvielfalt in Österreich (VPO)

Der VPO ist eine Plattform für den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft über vielfältige Proteinquellen. Zu unseren Mitgliedern zählen namhafte heimische Unternehmen, vereint durch das Ziel, mehr Österreich in pflanzliche Produkte zu bringen – darunter aktuell BILLA, Lidl Österreich, HOFER, SPAR, Berger Schinken, VeggieMeat, Mona, Kern Tec, Revo Foods und BioCraft.

Mitglieder des Vereins für Proteinvielfalt in Österreich

BILLA



(Lidl Österreich)



SPAR 

MONA a division of 



**veggie
meat**

 **kern tec**



Weitere Unterstützer

 **der Lebensmittelhandel**
Wir nahversorgen Österreich 

 **HANDELS
VERBAND**

veö 
verband der
ernährungswissenschaften
österreichs

BiOGAST

 **vegan.at**
VEGANE GESELLSCHAFT

Die BiowirtInnen

